

# Ein neues Seerecht : Machtkampf um das "Gemeinsame Erbe der Menschheit"

Autor(en): **Stiehler, Ulrich**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **70 (1976)**

Heft 6

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-142571>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ist darum theoretisch geeignet für die meisten Entwicklungsländer mit beschränkten finanziellen Mitteln aber reichlichen Arbeitskräften. Technik und Methoden waren, wie gesagt, einfach: der Schlüssel zum Erfolg lag in ihrer Verbindung mit der allgemeinen Kenntnis der Krankheitsursache und der Massenanstrengung zur Behebung jener Ursache. Was es braucht, um das Experiment in anderen, an Schistosomiasis leidenden Entwicklungsländern zu wiederholen, ist die entsprechende Ausrichtung (conditioning) der Leute in diesen Ländern, auf die Willensanstrengung, Disziplin und Einsatzfreudigkeit für ein gemeinsames Werk. In China setzte sich die Bevölkerung der betroffenen Gebiete voll ein, weil sie, offenbar im Vertrauen auf eine zielbewußte und integre Regierung, gute Chancen des Sieges über eine das ganze Aufbauwerk lähmende Seuche voraussah. Red.

## Ein neues Seerecht

### **Machtkampf um das «Gemeinsame Erbe der Menschheit»**

Weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit ist der Machtkampf zwischen den Staaten um den Zugang und die Nutzung der Weltmeere voll im Gange. Den Stand der Verhandlungen nach der eben abgeschlossenen vierten Verhandlungsrunde der Seerechtskonferenz in New York resumiert Ulrich Stiehle. Horst Grunenberg, MdB, war als Beobachter der SPD-Bundestagsfraktion in New York dabei. Er nimmt eine politische Bewertung des Verhandlungsstandes vor. Für die zweite oder dritte Juni-Woche ist die Beantwortung einer großen Anfrage der CDU-Bundestagsfraktion zur Seerechtskonferenz zu erwarten. (Vgl. auch die Themenschwerpunkt-Ausgabe von «epd-Entwicklungspolitik» 10/74 zur Dritten Seerechtskonferenz).

\*

### Entscheidungen erneut vertagt

Am 7. Mai endete in New York die vierte Verhandlungsrunde der III. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen. Trotz massiven politischen Einsatzes auf allen Seiten wurden noch immer keine konkreten Ergebnisse in der angestrebten Form eines «umfassenden Dokuments» erzielt. Vielmehr mußten sich die rund hundertfünfzig Delegationen für den 2. August bis 17. September in New York vertagen. Zu offenen Eklats kam es zwar nicht, aber vor allem die führenden Industrienationen halten ihre eigene Verhandlungsposition für noch verbesserungsfähig und wollen ihre stillen diplomatischen Aktivitäten am Rande der offiziellen Zusammenkünfte noch einige Monate fortsetzen.

Dies betrifft vor allem die Klärung von Problemen zwischen den USA und Westeuropa, die von der Beanspruchung einer 200-m-Fischereizone im voraus seitens der USA kompliziert wurden.

Trotz der ständigen Verzögerungen zweifelt niemand mehr an einem Konsensus über die Ausdehnung der Territorialgewässer auf zwölf Seemeilen und der wirtschaftlichen Hoheitszone auf insgesamt 200 sm. Damit entsteht ein höherer Grad wirtschaftsgeographischer Verflechtung zwischen den einzelnen Staaten und nicht zuletzt ein unausweichlicher Zwang zu neuen Wirtschaftsabkommen zwischen Industrienationen und Entwicklungsländern. Zuallererst bekommen dies die USA zu spüren, die ihre Beziehungen mit mehreren lateinamerikanischen Pazifikstaaten — vor allem mit Mexiko, Peru und Ecuador — neu regeln müssen, wenn sie sich den Zugang zu deren nationalen Fischreichtümern bewahren wollen. Noch größere Probleme zeichnen sich mittelfristig in den ölverdächtigen Gewässern zwischen Vietnam, den Philippinen und Indonesien ab, in denen sich bereits eine lebhaftere Konkurrenz zwischen japanischen und amerikanischen Exploratoren entfaltet hat. Auch die EG wird sich bei karibischen Regierungen um neue Fischereirechte bemühen müssen.

Die fortbestehenden Meinungsverschiedenheiten konzentrieren sich auf die Regelung der Schifffahrt, vor allem der militärischen, in den neuen künstlichen Meerengen sowie auf die im Prinzip von allen gutgeheißenen gemeinsame Meeresnutzungsbehörde. Ihr soll die Kompetenz für die Ressourcennutzung in den auch nach dem neuen Recht internationalen Gewässern übertragen werden. Die zunehmende Knappheit der Rohstoff- und Nahrungsmittelreserven auf dem Festland hat diesem Problem höchste Dringlichkeit verliehen. Wegen der Möglichkeit für eine Verbesserung der Ernährungslage und wegen der möglichen Konkurrenz für «traditionelles» Rohstoffangebot sind die Entwicklungsländer in diesem Punkt besonders engagiert. Darüber hinaus haben UNCTAD-Vertreter immer wieder auf die Chancen hingewiesen, die gemeinsame wirtschaftliche Nutzung internationaler Gewässer zu einem dynamischen Element der Neuen Weltwirtschaftsordnung zu machen. Die Möglichkeiten reichten von der Uebertragung von Technologie über die gemeinsame Verwendung des Ressourcengewinns aus einer Weltwährungsreform bis zur Schaffung eines eigenen, nicht-nationalen materiellen Unterbaus für die UNO. Daß solche Ambitionen das amerikanische Außenministerium zu neuen Warnungen vor einer neuen «Weltplanwirtschaft» veranlaßt haben, konnte niemand überraschen.

Ulrich Stiehler